

Berlin, 14. April 2011  
chs-fh



Vereinte  
Dienstleistungs-  
gewerkschaft

Bundesvorstand

## EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit: Mehrheit der Bevölkerung für Mindestlohn gegen Lohndumping

PRESEINFORMATION

5 Eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung befürchtet, dass im Zuge  
der erweiterten Arbeitnehmerfreizügigkeit in der Europäischen  
Union ab Mai 2011 der Druck auf die Löhne in Deutschland und  
damit auch auf die Arbeitsplätze steigt. So sind bei einer aktuellen  
repräsentativen Meinungsumfrage von infratest-dimap im Auftrag  
der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) und der Ge-  
werkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) 76 Prozent der  
10 Befragten der Ansicht, dass die Regierungsparteien einem allge-  
meinen gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland sofort zustim-  
men müssen, um Lohndumping zu verhindern. Nach Ansicht von  
69 Prozent würde ein gesetzlicher flächendeckender Mindest-  
lohn am effektivsten vor Lohndumping schützen.

15 Es sei bedauerlich, dass entsprechende Mindestlohn-Anträge von  
SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Partei Die Linke am Don-  
nerstag im Bundestag am Widerstand der schwarz-gelben Koaliti-  
on gescheitert seien. „Nahezu eine Million Menschen, darunter  
400.000 Vollzeitbeschäftigte, sind darauf angewiesen, ihre Nied-  
20 riglohneinkünfte auf Arbeitslosengeld-II-Niveau aufzustocken“,  
sagte der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske. Es sei nicht länger  
hinnehmbar, dass die Allgemeinheit Niedriglöhne mit rund 11 Mil-  
liarden Euro jährlich subventioniere und auf diesem Weg skrupel-  
losen Arbeitgebern ungerechtfertigte Wettbewerbsvorteile ver-  
25 schaffe. „Diese Gerechtigkeitslücke ist nur durch einen flächen-  
deckenden und existenzsichernden Mindestlohn zu schließen“, so  
Bsirske weiter.

30 Deshalb halten ver.di und NGG die Einführung eines gesetzlichen  
Mindestlohns für dringend erforderlich. Dieser sollte sich mit einer  
Höhe von mindestens 8,50 Euro pro Stunde am Durchschnitt der  
Mindestlöhne in den westeuropäischen Nachbarstaaten der Bun-  
desrepublik orientieren. Der Vorsitzende der NGG, Franz-Josef  
Möllenberg, wies darauf hin, dass „in Zeiten der Globalisierung ein  
gesetzlicher Mindestlohn unabdingbar ist, um soziale Standards  
35 vor Aushöhlung zu schützen“.

Weiterführende Informationen, Beispiele, Studien und Argumente  
zum gesetzlichen Mindestlohn finden sich auf der Seite  
[www.initiative-mindestlohn.de](http://www.initiative-mindestlohn.de)

V.i.S.d.P.:

Christoph Schmitz  
ver.di-Bundesvorstand  
Paula-Thiede-Ufer 10  
10179 Berlin

Tel.: 030/6956-1011  
und -1012  
Fax: 030/6956-3001

E-Mail:  
pressestelle@verdi.de